WP-04-175-3 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 174 bis 175 einfügen:
sorgen wir für eine frühzeitigere Informierung der Wohnungsfachstellen bei drohendem Wohnraumverlust. Und für ein zuverlässigeres Übergangsmanagement von Krankenhaus, Psychiatrie, Drogenentzug und Strafvollzug.

Begründung

(einstimmiger Beschluss des AK Soziales der Kölner Grünen vom 7.10.2026)

Es ist gut und richtig, dass der Landesvorstand in seinem Programmentwurf hier auch das Narrativ bringt, dass jede neue Wohnungslosigkeit vermieden werden muss und dies aus verschiedenen Perspektiven begründet. Allerdings fehlt hier in der Umsetzung der Forderung ein großer Bereich: die Schnittstellen von Problemlebenslagen.

Zwar ist hier teils bereits gesetzlich und per Verordnung reglementiert, dass es ein Übergangsmanagement geben soll, damit Menschen aus dem Strafvollzug, aus Psychiatrie, Krankenhaus und Drogenentzug nicht in die (oft erneute) Obdachlosigkeit entlassen werden. Allerdings gibt es dabei massive Umsetzungsdefizite!

Und es handelt sich um mindestens einen ebensogroßen Hebel, um Obdachlosigkeit zu vermeiden, wie die frühzeitigere Information der Wohnungsfachstellen

Unterstützer*innen

Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Dirk Hähnel (KV Duisburg); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Nabiha Ghanem (KV Soest); Anna Daphne Bamidis (KV Köln); Martin Hase (KV Essen); Alyssa Ammelung (KV Köln); Andreas Disselnkötter (KV Ennepe-Ruhr); Daniela Baum (KV Köln); Susanne Alexi-Lingscheid (KV Köln); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Amana Pak (KV Köln); Michael Aßmann (KV Steinfurt); Tim Lautner (KV Münster); Kristin Hünninghaus (KV Düsseldorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Sabine Jutta Müller (KV Köln); Marcus Leféber (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln)